



Bundestags- brief

Nr. 174 • Die Woche im Bundestag • 19.06.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die Kultur des Dialogs feiert in Berlin gleich ein doppeltes Richtfest

Mit den Richtfesten für das Berliner Schloss und die Barenboim-Said-Akademie beweist Deutschland erneut, dass im Land der „Dichter und Denker“ nicht eine kleingeistige nationale Nabelschau die Entwicklung in Kunst und Kultur bestimmt, sondern Weltoffenheit und internationaler Austausch im Zentrum unseres Denken und Handelns stehen.

Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges erleben wir, dass unsere Welt immer „kleiner“ wird. Der internationale Austausch hat auf wirtschaftlicher, politischer, aber nicht zuletzt auch auf gesellschaftlicher Ebene völlig neue Dimensionen erreicht. Mit der europäischen Freizügigkeit und der gemeinsamen Währung haben Grenzen zumindest innerhalb Europas einen großen Teil ihrer vormaligen Bedeutung eingebüßt. Fast jeder zweite junge Mensch absolviert heute in Deutschland ein Studium und verbringt währenddessen ein Semester oder sogar ein ganzes Jahr im europäischen Ausland. Aber die Dynamik des Wandels macht nicht an Europas Außengrenzen halt: Digitalisierung und kürzere Reisezeiten haben uns auch die außereuropäische Welt viel näher gebracht.

Es ist daher richtig und notwendig, dass wir im Herzen unserer Republik nicht nur das deutsche und europäische Kulturerbe auf der Berliner Museumsinsel präsentieren, sondern den Austausch mit den außereuropäischen Kulturen ermöglichen. Dieses Ziel verfolgt das Humboldt-Forum im Berliner Schloss, das auf dem zentralen Platz unserer Republik die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zeigen wird. Das ist ein starkes Zeichen, weil der Dialog der Kulturen nicht nur auf internationaler Ebene unverzichtbar ist: in Zeiten, in denen auch in Deutschland die ethnisch-homogene Gesellschaft der Vergangenheit angehört, wird gesellschaftlicher Zusammenhalt nur dann möglich, wenn grundlegende gemein-

same Werte für die Vielfalt der Erfahrungen anschlussfähig bleiben. Dafür müssen unsere Werte, von deren Universalität wir überzeugt sind, nicht zur Disposition gestellt werden. Aber wir müssen bereit sein, sie anders zu vermitteln und unsere gesellschaftliche „Erzählung“ für unterschiedliche kulturelle Grundierungen zu aktualisieren. Dazu kann und wird das Humboldt-Forum seinen Beitrag leisten.

Einem ganz ähnlichen Prinzip folgt das West-Eastern Divan Orchestra, das Daniel Barenboim zusammen mit dem verstorbenen Literaturwissenschaftler Edward Said vor mehr als 16 Jahren gegründet hat. Arabische und israelische Orchestermitglieder musizieren seitdem jedes Jahr sechs Wochen lang zusammen und setzen dadurch ein Zeichen für ein friedliches Miteinander.

Die Idee, über die Musik einen Dialog zu ermöglichen, erhält nun in der Barenboim-Said-Akademie ein Zuhause. Hier werden ab Herbst 2016 bis zu 100 israelische und arabische Musik-Studentinnen und Studenten jeweils drei Jahre lang ausgebildet. Neben Instrumental- und Musikunterricht werden auch Philosophie, Geschichte und Literatur zum Lehrangebot gehören. Die jungen Musikerinnen und Musiker sollen hier - entlastet von dem oft kriegerischen Alltag ihrer Heimat - miteinander musizieren, sich gegenseitig zuhören und lernen, die unterschiedlichen Perspektive und Standpunkte zu respektieren.

Es ist ein wegweisendes kulturelles Versöhnungsprojekt, das von Berlin aus einen kleinen Beitrag zum Friedensprozess im Nahen Osten leisten kann. Das ist auch für uns nicht trivial: denn es ist dieser Konflikt, der auch in unserer Gesellschaft immer wieder Spannungen provoziert, und jeder Beitrag für eine Befriedung ist auch für uns von großer Bedeutung.

Für Freiheit, Recht und Einheit

Diese Woche hat sich zum 62. Mal der Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft am 17. Juni 1953 geäußert. Wir haben im Rahmen einer vereinbarten Debatte der mutigen Arbeiter gedacht, die den Anspruch der Einheitspartei, einen Arbeiter- und Bauernstaat zu errichten und für die „Arbeiterklasse“ zu sprechen, selbstbewusst zurückwiesen. Mehr als 30 Demonstranten und Passanten wurden dabei erschossen. 1953 zeigte sich, dass die Herrschaft der Regierungspartei der DDR nur auf eine „Legitimation“ zurückgreifen konnte – die bewaffnete Macht der sowjetischen Armee auf ihrem Territorium. Als diese in den Jahren 1989 und 1990 nicht mehr zu Verfügung stand, brach die Herrschaft der SED rasch in sich zusammen.

Mehr Geld für Familien – Abbau der Kalten Progression

Diese Woche ist eine gute Woche für Familien und für Arbeitnehmer: Durch die gute Wirtschafts- und Finanzpolitik der unionsgeführten Bundesregierung sind wir in der Lage, Arbeitnehmer und Familien um über 5 Milliarden Euro steuerlich zu entlasten. All dies ist möglich, ohne an anderer Stelle die Steuern zu erhöhen oder neue Schulden zu machen. Wer nach einem Markenzeichen der Union sucht, wird es hier finden.

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen.

Den Schwerpunkt Familie und Kinder unterstreichen wir, indem wir außerdem den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anheben. Und auch eine weitere berechtigte Forderung der Union kann endlich umgesetzt werden: Mit diesem Gesetz bauen wir die kalte Progression ab 2016 ab. Die Regelungen im Detail:

Der steuerliche Grundfreibetrag wird im Jahr 2015 um 118 auf 8.472 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 auf dann 8.652 Euro erhöht. Davon profitieren, wie vom Abbau der kalten Progression, alle Einkommensteuerzahler. Die „Steuerbremse“ greift durch Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um ca. 1,5 Prozent.

Familien profitieren zudem von der Erhöhung der Kinderfreibeträge. Der verfassungsgemäß gebotene Kinderfreibetrag wird für 2015 um 144 Euro und für 2016 um weitere 96 Euro erhöht, um das Existenzminimum steuerfrei zu stellen.

Darüber hinaus wird das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 um 4 Euro und 2016 um weitere 2 Euro pro Monat und Kind erhöht. Außerdem wird im kommenden Jahr der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf dann 160 Euro monatlich angehoben. Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird 2015 um 600 Euro auf 1.908 Euro angehoben. Zudem wird er für jedes weitere im Haushalt lebende Kind um 240 Euro aufgestockt.

Diese Beschlüsse passen sich in unsere familienfreundliche Politik ein. Mit der erheblichen finanziellen Unterstützung des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, der Einführung eines Rechtsanspruchs für unter drei Jahre alte Kinder auf einen Betreuungsplatz, dem Elterngeld und dem Betreuungsgeld haben wir in den letzten Jahren viel für die Förderung von Familien und Kindern getan.

Palliativmedizin und Versorgung mit Hospizplätzen ausbauen

Die richtige Antwort auf die Angst vor einem qualvollen Tod ist der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot, damit alle Menschen dort, wo sie die letzte Phase des Lebens verbringen, ihre Lebensqualität verbessern und dabei umfassende Unterstützung finden können.

Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es heute noch an ausreichenden Angeboten. Diese „weißen Flecken“ wollen wir beseitigen. Deswegen werden wir die Hospizarbeit finanziell besser fördern. Und mit gezielten finanziellen Anreizen wird die ambulante Palliativversorgung gestärkt.

Besonders wichtig ist uns die Stärkung der Sterbebegleitung in den Pflegeeinrichtungen. Viele Menschen verbringen ihre letzten Lebensmonate dort. Um ihnen ein ihren Wünschen entsprechendes Angebot in der letzten Lebensphase zu ermöglichen, sollen Pflegeeinrichtungen stärker mit Hospizdiensten und Ärzten kooperieren.

Zudem soll es künftig einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die Krankenkasse bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung geben.

Für Religionsfreiheit weltweit

Wir haben in dieser Plenarwoche ein in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenes und für uns sehr wichtiges politisches Ziel bekräftigt: Die Koalitionsfraktionen und die Grünen fordern die Bundesregierung auf, zur Lage der Religions- und Glaubensfreiheit weltweit zu berichten.

Es ist an der Zeit, dass die deutsche Außenpolitik noch nachdrücklicher und systematisch dazu beiträgt, dass Verstöße gegen dieses Menschenrecht nicht nur zufällig bekannt werden, sondern in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken.

Die zunehmenden Verstöße gegen die Religionsfreiheit verletzen nicht nur die Menschenrechtsscharta der Vereinten Nationen, sondern bedeuten für sehr viele Menschen Diskriminierung, Bedrängnis, Gewalt und Verfolgung.

Zugleich ist die Gewalt religiöser Extremisten gegen Andersgläubige vielfach Ursache für Flucht und Vertreibung. Sie stellt darüber hinaus zunehmend eine Gefahr für die Sicherheit und das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen weltweit dar.

Ein umfassender Bericht zur Lage in den Staaten wird dazu beitragen, Regierungen an ihre Pflichten aus den internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte zu erinnern.

Die Menschenrechte sind unteilbar und allgemein, den Regierungen kommt eine Pflicht zu, sie in ihrer Gänze zu wahren. Der Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung wird aller Welt deutlich machen, dass wir die Freiheit von Religion und Bekenntnis nicht für ein Randthema, sondern für ein zentrales Recht der Menschen halten.

Deutschland übernimmt Verantwortung – weltweit

Ein besonderer Schwerpunkt in dieser Woche war die Verlängerung dreier Bundeswehrmandate im Kosovo, in Mali und im Libanon.

Sie zeigen erneut, wie sich Deutschlands Rolle seit der Wiedervereinigung gewandelt hat. Deutschland muss als viertgrößte Volkswirtschaft seinen Beitrag zur internationalen Sicherheit auch im eigenen Interesse leisten.

Ohne unsere Bundeswehr wäre dies nicht möglich. Hierfür danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten, die ihre Aufgaben häufig unter schwierigen Bedingungen erfüllen, ohne dabei im Licht der Öffentlichkeit und Medien zu stehen.

Mit unserem weltweiten Engagement wollen wir auch erreichen, dass sich die Lage in den Operationsgebieten verbessert. Es muss unser Ziel sein, Konflikte und Krisen zu befrieden, um so die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern, denn nach wie vor werden viel zu viele Menschen weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung.

Wir wollen aber nicht, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, sondern dass sie eine Zukunft zu Hause haben. Eine Botschaft, die wir uns auch anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni vor Augen führen sollten.

Immer mehr Betreuungsgeld-Bezieher

Im ersten Quartal 2015 wurden 455.321 laufende Bezüge von Betreuungsgeld gemeldet und damit 68.838 Leistungsbezüge mehr als noch im vierten Quartal 2014.

Im alten Bundesgebiet haben fast acht von zehn Leistungsbeziehenden den Antrag auf Betreuungsgeld für den maximal möglichen Bezugszeitraum von 22 Monaten gestellt; in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) waren es nur etwa fünf von zehn.

Die voraussichtliche Bezugsdauer ist dementsprechend in den neuen Ländern mit durchschnittlich 15,5 Monaten deutlich kürzer als in den alten Ländern (20,0 Monate). Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Kinder, für die Betreuungsgeld bezogen wurde, waren das einzige Kind im Haushalt. In einem Drittel der Fälle (34 Prozent) war noch ein weiteres Kind vorhanden. Nur 17 Prozent der Kinder lebten mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)